

STAND PUNKT

Christlich-politische
Monatszeitschrift

Juni 2017

Glaubensfreiheit

AUS DEM NATIONALRAT

«IM BLUT IST DAS LEBEN.» EIN BE-
SCHLUSS DES PARLAMENTS LÄSST
FRAGEN AUFKOMMEN.

SEITE 4

PRAXISSEMINAR IN OLTEN

PARLAMENTERISCHES HANDWERK,
SOZIALE MEDIEN, STRATEGIE ...
MEHR DAZU AM EDU-SEMINAR!

SEITE 5

KANTON ZÜRICH

EDU FÜR ZÜRCHER NUTZHOLZ
MEIN ERSTER TAG IM KANTONS RAT
WÄHLERBASIS AUSBAUEN

MEHR IM KANTONALTEIL

Inhalt

4

debattieren

Motion Quadranti



Sonderbare Beschlüsse in der Sondersession des Nationalrats

Am 2. Mai überwies der Nationalrat entgegen den Empfehlungen des Bundesrats eine Motion von BDP-Nationalrätin Rosmarie Quadranti mit 97:89 Stimmen. Der Vorstoss verlangt die Aufhebung von sogenannten diskriminierenden Einschränkungen für die Blutspende durch homosexuelle Männer. Sinnvoll oder verantwortungslos?

8

fragen & antworten

Interview mit Mihran Dabag



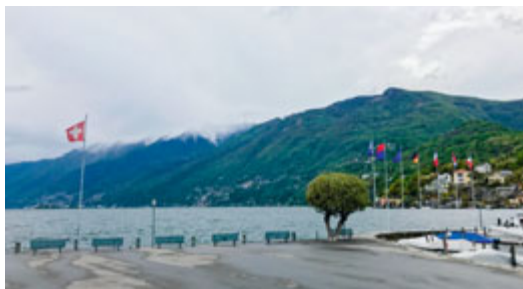
«Hoffnung, Kraft und Zuversicht bewahren»

Mihran Dabag, Professor für Geschichte und Spezialist für Diaspora- und Genozidforschung, beobachtet die Entwicklung sehr aufmerksam. Seine pointierten Aussagen zum Genozid an den Armeniern vor 100 Jahren erschliessen verblüffende Parallelen zur heutigen Politik der offiziellen Türkei.

13

Hintergrund

Tessin: Droht ein Seilziehen mit Bern und Brüssel?



Unisono gegen Dumping-Konkurrenz

Das Tessin wird zum Verlierer im «freien Personenverkehr». Nun soll das einheimische Baugewerbe geschützt werden. Doch der Bundesrat fürchtet Ärger mit der EU. Der Vorfall macht die Schwächen der Abkommen mit «Brüssel» sichtbar.

15

Buchrezension

Anschuldigungen und Antwort des Glaubens.



Auf der Suche nach Antworten

Wie ein Krimi liest sich dieses Buch nicht. Wer sich mit Vergangenheit und Gegenwart der Türkei beschäftigen will, wird es schnell zu schätzen wissen.

- 5 EDU-Praxisseminar in Olten
- 7 Suizid: ein Hintergrundbericht
- 11 Glauben heute: 500 Jahre Reformation
- 12 klipp & klar
- 14 EDU in Aktion
- 16 «Wie kamen Sie zur EDU?»



LIEBE LESERIN, LIEBER LESER

Wenn Sie diese Zeilen lesen, kehre ich aus Israel zurück. Ein Gemeindeverband feiert sein 50-Jahr-Jubiläum mit einer Studienreise ins «Holy Land»: ein starkes Zeichen der Verbundenheit, ein tolles Signal an die Öffentlichkeit!

Israels Regierung ist nicht fehlerlos, die mehrheitlich säkulare Bevölkerung auch nicht. Die (Ultra-)Orthodoxen machen nicht nur ihrer Regierung das Leben schwer, sondern wecken auch bei mir Fragen. Trotzdem lieben wir das Volk der Verheissung, beten für den Frieden von Jerusalem und des 69-jährigen Staates Israel. Aber wir glorifizieren nicht, was als «Vorletztes» bezeichnet wird.

Als Realisten erkennen wir die göttlichen Verheissungen ebenso wie menschliche Wortbrüche, das kommende 1000-jährige Friedensreich des Christus ebenso wie den leidvollen Weg des jüdischen Volks durch die Jahrtausende.

«10 Jahre Gaza-Blockade, 10 Tage Aktionen»: Die Anlässe von Mitte Mai in Bern waren gut gemeint, bezüglich ihres «Tunnelblicks» aber nicht zu übertreffen. Einseitige Anschuldigungen bringen niemanden weiter. Friede kann nur gemeinsam möglich werden. •

Thomas Feuz, Chefredaktor



Briefwechsel



Hoi Michel

Säli Rösli

Danke für Dein Berichten. Es gefällt mir, auf diese Weise Gedanken auszutauschen.

Ich bin auf der Arbeit und in der Gemeinde mit Jugendlichen unterwegs. Am Arbeitsplatz ist das Team aus allen Generationen zusammengesetzt, frisch aus der Schule (Lernende) bis bald pensioniert. Manche Lernende haben grosse soziale Kompetenzen, können gut zuhören und respektvoll mit Betagten umgehen. Sie haben Ideen oder durchlöchern die Fachpersonen mit Fragen. Die Begleitung der Lernenden hilft mir, wissensmässig auf dem Laufenden zu bleiben und in praktischen Handlungen ein Vorbild zu sein. Einige sind zuerst schüchtern, entwickeln sich aber zu offenen Persönlichkeiten, die ihre Meinung äussern können. Ziel ist es, dass sie danach mit Begeisterung im Pflegeberuf tätig sind oder eine weitere Ausbildung beginnen. In der Gemeinde beeindruckt mich, wie Jung und Alt zusammen Gott loben, Gottes Wort hören und miteinander austauschen. Kürzlich fand zum 10. Mal eine Musicalwoche statt. Es war ein Zusammenspiel von unzähligen Helfern jeden Alters. Mir fiel die Frische, Unbeschwertheit, aber auch die Ausdauer der zum Teil sehr jungen Leiter auf, einfach zum Staunen!

Du hast auch eine Begabung, denn Du bedienst im Gottesdienst den Beamer. Ob es ab und zu auch nicht funktioniert, wie es sollte? Wie gehst Du damit um?

Es grüsst Dich Rösli Fässler

Es freut mich, wie Du von Jugendlichen denkst. Es gibt ja viele ältere Leute, die von Jugendlichen denken, sie seien unfreundlich oder asozial. Darum finde ich es toll, dass Du da ganz andere Erfahrungen machst und das auch anerkennt. Ich denke, dass Du auch darin ein gutes Vorbild bist, und nicht «nur» bei praktischen Handlungen.

Aber nun zu Deiner Frage! Natürlich läuft bei der Technik in unserer Gemeinde nicht immer alles plangemäss. Fehler können nie ganz ausgeschlossen werden, bei Menschen nicht und auch nicht bei Maschinen. Wichtig ist, wie man sich in solchen Momenten verhält, wenn etwas nicht klappt. In den meisten Fällen komme ich selber zu recht. In der Regel hilft es, cool zu bleiben und ruhig zu überlegen.

Aber es gibt unendlich viele Fehlerquellen. Wenn ich es nicht selber schaffe, kennt meistens unser Jugendpastor (Timon Forster) eine Lösung. Aber ich erinnere mich an einen Moment, wo auch Timon nicht weiterwusste. Da rief er Gaël an, der im One Church (Du erinnerst Dich sicher, der übergemeindliche Jugendgottesdienst in Münsingen) den Beamer bedient. Ich weiss nicht viel über ihn. Aber es gibt wohl kein Problem, dass Gaël nicht lösen könnte!

Ich möchte Dir fast die gleiche Frage stellen: Welche Geräte benutzt Du so (Handy, Compi, Tablet/iPad usw.)? Und was machst Du, wenn's mal nicht so läuft, wie Du möchtest?

Gruss, Michel Feuz



Soll gespendetes Blut Leben retten – oder darf es, staatlich legitimiert, Leben bedrohen? Bild: Fassade Bundeshaus.

Sonderbare Beschlüsse in der Sondersession

Am 2. Mai überwies der Nationalrat entgegen den Empfehlungen des Bundesrats eine Motion von BDP-Nationalrätin Rosmarie Quadranti mit 97:89 Stimmen. Der Vorstoss verlangt die Aufhebung von sogenannt diskriminierenden Einschränkungen für die Blutspende durch homosexuelle Männer. Sinnvoll oder verantwortungslos?

alt Nationalrat Markus Wäfler



Die Blutspendedienste stellen seit Jahren Fragen zum Sexualverhalten der Spenderinnen und Spender. Folgende Punkte gelten als Ausschlussgründe:

- sexuelle Kontakte mit wechselnden Partnern, die man weniger als vier Monate kennt
- sexuelle Kontakte unter Männern
- früheres oder aktuelles Spritzen von Drogen
- sexuelle Beziehungen zu Personen mit positivem HIV-Test, Syphilis, Hepatitis B oder C.

Die Einschränkung betreffend sexuelle Kontakte unter Männern wurde unterdessen aufgeweicht, indem homosexuelle Spender zugelassen werden, welche seit einem Jahr vor der Spende keinen homosexuellen Männerkontakt mehr hatten.

Den Ausschluss vom Blutspenden macht der Blutspendedienst nicht aus Antipathie gegenüber diesen homosexuellen Spendern, sondern berechtigterweise, um Ansteckungen mit gefährlichen Krankheiten via Bluttransfusion zu vermeiden. Dass Spender mit ständig wechselnden Sexualpartnern oder homosexuelle Männer betreffend Übertragung von Erregern von HIV oder Hepatitis oder Geschlechtskrankheiten ein Hochrisikoverhalten

praktizieren, ist medizinisch eine bekannte Tatsache.

Keine «Diskriminierung» – aber Gefährdung?

Dass die Blutspendedienste aus medizinischen Gründen auf Blutspenden von Hochrisiko-Spendern verzichten, um Empfänger von Blutspenden nicht unnötig gesundheitlich zu gefährden, ist sachlich richtig. Wenn nun plötzlich ein ständig wechselnder Sexualpartner oder ein homosexueller Hochrisiko-Lebensstil bezüglich Blutspende aus politischen Gründen gleich zu werten ist, ist dies absolut unverantwortlich gegenüber der Gesundheit von Empfängern von Bluttransfusionen.

Falls diese Motion so umgesetzt und nicht zum Beispiel vom Bundesamt für Gesundheit (BAG) aus medizinischen Gründen abgeblockt wird, könnten die Schweizer Blutbanken in naher Zukunft bezüglich HIV, Hepatitis usw. ähnlich riskant werden wie jene in Schwarzafrika. Aber wenigstens bestünde dann beim Blutspenden keine sogenannte «Diskriminierung» von homosexuellen Männern mehr ...

Die Frage bleibe erlaubt, wie viel ideologische Unvernunft in der Politik zulässig sein darf. •

Praxisseminar in Olten

Wie gehen wir mit Herausforderungen um? Wie erleben EDU-Frauen die Politik? Und aus welchen Gründen könnte «man» sich für ein politisches Amt erwärmen?

Interview: Thomas Feuz

Das Seminar «Wissen für die Praxis» nimmt diese Fragen auf. Es bietet Raum für Begegnungen und ermöglicht individuellen (Lern-)Erfolg und gemeinsames Vorwärtstkommen.

Als externer Referent konnte Urs Vögeli, Politikwissenschaftler/MA in Sozialwissenschaften aus Zofingen, verpflichtet werden. Wie sieht er sein Engagement?



Standpunkt: Urs Vögeli, Sie denken in Zusammenhängen, fokussieren aber auch das Detail. Was fasziniert Sie an Politik?

Urs Vögeli: Politik ist ein sehr vernetztes und übergreifendes Gebiet. Sie steht quasi zwischen der Gesellschaft und dem Staat. Die Bereiche Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft, Medien und Recht fliessen in der Politik zusammen. Das verlangt einerseits fundiertes inhaltliches Wissen, andererseits einen staats- und damit auch wertepolitischen Kompass, damit die Interessen und Ideen auch verortet und vermittelt werden können.

Sie haben Politik zum Beruf gemacht, begleiten Mitglieder des Parlaments und führen Kampagnen. Welche Werte sind Ihnen dabei wichtig?

Mir sind persönliche Beziehungen sehr wichtig. Ohne Beziehung entsteht keine Zusammenarbeit und kein nachhaltiges Miteinander. Inhaltlich orientiere ich mich stark an ordnungspolitischen Werten und frage mich immer: Macht es Sinn, dass der Staat dies oder jenes regelt oder steuert? Oder liegt die Verantwortung für einzelne Probleme und Herausforderung bei der Zivilgesellschaft, bei der Wirtschaft, bei der Familie, bei Vereinen, Genossenschaften oder Kirchen? Darüber hinaus bin ich ein grosser Befürworter unserer direktdemokratischen Kultur, die den Einbezug möglichst aller Interessen, Vorstellungen und Gruppen ermöglicht, aber auch absichtlich das System langsam, dafür reflektierend und mässigend macht.

Im Kollegium der «PolitikPraxis» bieten Sie praxisorientierte Weiterbildungskurse an: Politikprozesse, parlamentarisches «Handwerk» (persönliches Auftreten, Recherche, Vorstösse, Lobbying ...), Soziale Medien, Strategie ...

Unser Zielpublikum sind Milizpolitikerinnen und Milizpolitiker auf allen Stufen. Ob für Par-

**17. Juni 2017
9.45 Uhr
Hotel Olten
in Olten**



teivorstände, Kandidaten oder Amtsträger: Die Weiterbildung orientiert sich an den praktischen Tätigkeiten, die als Milizpolitiker immer wieder als Herausforderung wahrgenommen werden. Wir bieten dabei eine 360-Grad-Schulung, welche helfen soll, die politische Arbeit effizienter und zielgerichteter zu gestalten. Mit unseren erfahrenen Dozenten erhalten die Teilnehmer zu den einzelnen Themen Tipps und Tricks sowie handfeste Fähigkeiten und Fertigkeiten vermittelt. Das Politikerhandwerk steht dabei im Zentrum.

Was möchten Sie am EDU-Praxisseminar (auch noch) vermitteln?

Die Schweiz steht vor sehr grossen Herausforderungen. Zum einen steht auf der gesellschaftspolitischen Ebene der Schutz der Ehe wieder zur Debatte. «Ehe für alle» oder «Ehe light» sind Projekte, die auf Bundesebene in der Pipeline stecken. Zum anderen werden wir auch über wichtige staats- und aussenpolitische Fragen befinden müssen. Stehen unsere Bundesverfassung und somit unsere direkte Demokratie über internationalem Recht oder sollen wir uns institutionell an die EU binden?

www.politikpraxis.ch •



Anmeldung:
**033 222 36 37, info@edu-schweiz.ch,
www.edu-schweiz.ch**

**Unkosten: Kollekte;
Verpflegung auf eigene Rechnung**

PACS – das neue Rezept?

«Eingetragene Partnerschaft» scheint Schnee von gestern. «Ehe für alle» und «PACS» nach französischem Vorbild sind nun die Forderungen liberaler Politiker. Was könnten die Motive sein?

David Gysel



Im Parlament sind Vorstösse hängig, welche die staatliche Anerkennung von Lebensgemeinschaften neu regeln wollen. Deshalb lädt die Universität Bern auf den 22. Juni zu einer Diskussionsveranstaltung mit Bundesrätin Simonetta Sommaruga und renommierten Referenten aus Rechtswissenschaft und Politik ein. Wir bringen die Thematik auf den Punkt.

PACS verwischt die Grenzen

Frankreich und Luxemburg haben seit einigen Jahren die gleichgeschlechtliche Ehe im Gesetz festgeschrieben. Daneben haben sie eine weitere Form anerkannter Lebensgemeinschaft, den zivilen Solidaritätspakt (pacte civil de solidarité PACS). Der zweisprachige luxemburgische Staat nennt den PACS auf Deutsch «Eingetragene homo- oder heterosexuelle Lebenspartnerschaft».

Der Hauptunterschied zur Schweizer «Eingetragenen Partnerschaft» ist, dass die Schweizer Lösung nur gleichgeschlechtlichen Paaren offensteht. Konkret wird also in der Schweiz bisher durch die rechtliche Form der Lebensgemeinschaft – Ehe oder «Eingetragene Partnerschaft» – die sexuelle Orientierung ersichtlich. Mit der Einführung des PACS und der «Ehe für alle» wäre dies nicht mehr der Fall.

«Die Ehe bedingungslos öffnen»

Operation Libero formuliert die Forderungen nach der «Ehe für alle», wie sie die grünliberale Kathrin Bertschy mit ihrer parlamentarischen Initiative in der Verfassung festschreiben will, so: «... die bedingungslose Öffnung der Ehe und die Gewährung aller damit verbundenen Rechte.» Gleichgeschlechtlichen Paaren sollen demnach zum Beispiel sämtliche Adoptionsrechte, Rechte für künstliche Befruchtung und auch alle Vorteile bei der Einbürgerung zugänglich werden.

Gleichzeitig muss der Bundesrat aufgrund eines Postulats des Freisinnigen Andrea Caroni Vorschläge zur allfälligen Einführung eines PACS in Schweizer Form erarbeiten. Mit diesem Vorstoss soll es Paaren jeder sexueller Orientierung eine relativ unverbindliche Lebensgemeinschaft ermöglicht werden, die gleichzeitig mit einer höchstmöglichen rechtlichen Absicherung verbunden sein soll. Weil diese rechtliche Absicherung aber auch in Frankreich weitgehend eine Illusion ist, entschliesst sich dort eine beträchtliche Anzahl von PACS-Paaren nach einer «PACS-Probephase» zur eigentlichen Heirat. Die Kernpunkte sind also die Verbindlichkeit der Lebensgemeinschaften und die Rechte für gleichgeschlechtliche Paare. •



Zu welchen Beziehungsformen soll man künftig in der Schweiz unterschreiben können?

«GLEICHGESCHLECHTLICHEN PAAREN SOLLEN DEMNACH ZUM BEISPIEL SÄMTLICHE ADOPTIONSRECHTE, RECHTE FÜR KÜNSTLICHE BEFRUCHTUNG UND AUCH ALLE VORTEILE BEI DER EINBÜRGERUNG ZUGÄNGLICH WERDEN.»



Der Standpunkt bietet Hilfestellung an und weist auf Jesus Christus als Erlöser und Helfer hin.

Suizid: Ein Entscheid ohne Ausweg

Die Medien berichten darüber, dass die Suizidrate auf dem Land und namentlich unter Jungbauern zugenommen hat. Dieser letzte Entscheid ist für alle Betroffenen sehr belastend. Wer könnte helfen – und wie?

Hans Moser



Die Gründe werden in der öffentlichen Abhandlung meist mit Überschuldung, Ausweglosigkeit und persönlicher Enttäuschung dargestellt. Geht es nicht noch um viel mehr?

Tragfähiges Netz und echte Freunde

Wir alle müssen uns fragen, wieso Menschen in solch schwierigen Situationen oft allein gelassen werden, auf sich gestellt sind und vereinsamen. Es gibt in allen Berufsgattungen Menschen, denen ein tragfähiges soziales Netz, ein persönlicher Zufluchtsort fehlt. Sorgen, Belastungen und Enttäuschungen muss der Mensch mit anderen teilen können. Das wiederum bedingt Mitmenschen, denen man vertrauen kann. Echte Freunde und seriöse Beratungen sind in der Lage, Hilfe vor Ort zu suchen und mitzuhelfen, Lösungen für anstehende Probleme anzugehen.

Es braucht aber auch vermehrt Menschen, die den echten Zufluchtsort kennen, die wissen, wo persönliche Sorgen abgeladen werden können und wo Hilfe geholt werden kann. Meine Erfahrung: Solche Menschen finden sich in Gemeinschaften, Freikirchen und Kirchen. Echte Hilfe

erfahren wir letztlich in unserem Erlöser Jesus Christus. Er schenkt Kraft und neue Perspektiven.

Verteilen auch Sie den «EDU-Standpunkt»!

Wie können wir als politische Partei und als an einen persönlichen Erlöser glaubende Menschen unterstützend wirken? Oft ist es schwierig, Menschen in Not mit der freimachenden Botschaft, dem Evangelium zu erreichen. Wie wäre es denn mit dem «Standpunkt» der EDU als Brückenbauer? Hier finden sich Namen und Adressen von Personen, die politische und gesellschaftliche Erfahrung, aber auch Beistand und Hilfe anbieten können.

Haben wir doch den Mut und verteilen den «EDU-Standpunkt» in unserem persönlichen Umfeld, aber auch an Menschen, denen wir im ganz normalen Alltag begegnen! Das Sekretariat stellt Ihnen gerne kostenlose Verteilexemplare zu.

Gott der Allmächtige möchte unsere Verlegenheiten zu seinen Gelegenheiten machen. Die Frage ist nur: Machen wir mit? •



Fundierter Kenner des Nahen Ostens: Mihran Dabag, Professor für Geschichte und Spezialist für Diaspora- und Genozidforschung.

«Die armenische Kirche trug dazu bei, Hoffnung, Kraft und Zuversicht zu bewahren»

«Erdogans Idee ist nicht primär die Türkei, sondern die Verbindung zu den Turkvölkern.» Mihran Dabag, Professor für Geschichte und Spezialist für Diaspora- und Genozidforschung, beobachtet die Entwicklung sehr aufmerksam. Seine pointierten Aussagen zum Genozid an den Armeniern vor 100 Jahren erschließen verblüffende Parallelen zur heutigen Politik der offiziellen Türkei.

Interview: Thomas Feuz

Herr Professor Dabag, Sie sagen: «Der Westen kennt das Kreuz, aber die Erfahrung der Kreuzigung nicht.» Was meinen Sie damit?

Orientalische Christen haben seit der muslimisch-arabischen Eroberung des Nahen Ostens Unterdrückung und bis zur Vernichtung reichende Verfolgungen erfahren. Bis zum Jahr 1915 hatten die Armenier im Osmanischen Reich ein dichtes Netzwerk von mehr als 2000 Schulen und Bildungseinrichtungen geschaffen. Mit dem Völkermord haben diese Einrichtungen allesamt ein Ende gefunden. Von den Westkirchen werden die orientalischen Kirchen bis heute nicht als ein gleichwertiger Teil der christlichen Welt anerkannt. Sie gelten vielmehr als Relikt einer vergangenen und überwundenen Zeit. Das Schicksal dieser Christen hat den Westen wenig interessiert. Im Konflikt zwischen Moral und Politik hat sich der Westen jedenfalls immer für die Politik, die Staatsraison entschieden. Aufgrund

der aus dem islamischen Weltbild abgeleiteten Zweiteilung der Welt – Muslime/Nicht-Muslime – haben die orientalischen Christen dagegen immer die Vorstellung von einer Einheit der Christenheit gehabt.

Sie sprechen von einer «Verschiebung» kollektiver Gewalt und orten eine neue Qualität der Gewalt. Können Sie aktuelle Beispiele dafür nennen?

Ich meine damit zunächst einmal, dass kollektive Gewalt in der Moderne – Krieg, aber eben auch Deportationen, Massenmord und Genozid – in neue legitimatorische Rahmungen eingebunden worden ist. Diese Gewalt steht immer im Zusammenhang mit der Verwirklichung einer idealen Ordnung, der Verwirklichung eines bestimmten Selbstbildes einer Gesellschaft und des Entwurfs nationaler Identität. Und das Opfer scheint der Verwirklichung dieser Vorstellungen des Eigenen entgegen zu stehen. Daher spreche ich davon, dass kollektive Gewalt in der Moderne nicht eine restriktive Gewalt ist, sondern eine gestaltende Gewalt.

«VON DEN WESTKIRCHEN WERDEN DIE ORIENTALISCHEN KIRCHEN BIS HEUTE NICHT ALS EIN GLEICHWERTIGER TEIL DER CHRISTLICHEN WELT ANERKANNT.»

Damit sind wir mittendrin in der aktuellen (Welt-)Politik. Ihre Spezialität ist der Genozid an den Armeniern vor gut 100 Jahren. Angefangen aber hatte alles schon viel früher...

Ja, der Völkermord hat eine lange Vorgeschichte und ist eingebunden in die Umgestaltung des osmanischen Reiches in einen Nationalstaat nach westlichem Vorbild. Damit wurden Fragen nach Zugehörigkeit und Nicht-Zugehörigkeit neu gestellt – und ebenso Fragen nach gesellschaftlicher Gleichberechtigung und politischer Beteiligung.

Das osmanische Reich nahm eine Zweiteilung in Muslime und Nicht-Muslime vor. Christen und Juden wurde immerhin ein Existenzrecht zugebilligt.

Bis ins 19. Jahrhundert war die gesellschaftliche Ordnung des Reiches von der Zweiteilung zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen bestimmt. Christen und Juden war, als Angehörige der «Religionen des Buches», in dieser Ordnung ein Existenzrecht zugebilligt. Andere Gruppen, wie beispielsweise Jesiden, galten als Götzenanbeter. Ihnen wurde gar kein Recht auf Existenz zugestanden. Das Existenzrecht für Christen und Juden bedeutete aber keineswegs eine rechtliche Gleichstellung oder auch nur Rechtssicherheit. So war etwa die Zeugenschaft eines Nicht-Muslimen gegenüber einem Muslimen vor Gerichten nicht anerkannt. Nicht-Muslime durften keine Waffen tragen, um sich verteidigen zu können. Daher muss man sagen, dass das vielgepriesene Toleranzsystem des osmanischen Reiches tatsächlich eine Herrschaftsordnung für die Muslime gewesen ist. Es war kein integratives System, sondern das System einer verachtenden Duldung.



Die Tanzimat-Reformen (ab 1839) garantierten «vollkommene Sicherheit des Lebens, der Ehre und des Vermögens aller unserer wohlbehüteten Länder.» Wie sah die Praxis aus?

Mit den Tanzimat-Reformen wurde tatsächlich eine rechtliche Gleichstellung von Muslimen und Nicht-Muslimen in Aussicht gestellt. Eine gesellschaftliche Anerkennung und Verwirklichung hat es aber nie gegeben. Das hat auch damit zu tun, dass die Rechtsungleichheit in der Scharia festgeschrieben ist und die Tanzimat-Dekrete auf die Scharia verweisen. Das war ein innerer Widerspruch, der sich als nicht zu überwinden erwies. Dieser Widerspruch einer politischen und gesellschaftlichen Integration der Nicht-Muslime hat dann die Geschichte des Reiches bis zum Völkermord bestimmt. Und er ist bis heute in der Türkei nicht überwunden.

Was führte denn zur Verfolgung der (christlichen) Armenier?

Diese Frage hat mit dem zu tun, was ich eben gesagt habe. Der Nationalstaat verspricht ja grundsätzlich Gleichheit für die Gleichen. Und dabei stellt sich natürlich die Frage, wer diese Gleichen sein sollen: Wer also gehört zur Nation und wer nicht? Und nach welchen Kriterien entscheidet sich diese Zugehörigkeit? So ging es in der türkischen Reform- und Nationalbewegung stets darum zu definieren, was eine türkische nationale Identität ist, wer dazu gehört und wer nicht und wie eine homogene türkische Nation in einem nationaltürkischen Territorium verwirklicht werden könnte. Und dabei zeigt sich, dass der sunnitische Islam zunehmend zu einem konstitutiven Element, zu einer grundlegenden Leitdifferenz neben Sprache, Kultur und Erziehung wurde. Damit konnten die Nicht-Muslime nicht Teil der türkischen Nation sein. Sie wurden vielmehr zum nicht-integrierbaren Anderen, das der

MIHRAN DABAG

geboren im Südosten der Türkei; erhielt vom Patriarchat der armenischen Kirche die Chance, auf eine armenische Schule in Istanbul zu gehen. Bibliothekar der armenischen Schule in Istanbul. Folgte der Einladung eines deutschen Sprachwissenschaftlers, um an der Vorbereitung eines etymologischen Wörterbuchs für die armenische Sprache mitzuarbeiten. Bezeichnet Deutschland als «einen Ort der Rettung».

Verwirklichung dieser homogenen Nation entgegenstand – und scheinbar nur durch eine Politik der Vernichtung überwunden werden konnte.

Während der Westen mehrheitlich schwieg, setzte in der Türkei eine Leugnungs politik ein.

Die Leugnungs politik setzte mit der Gründung der Republik als türkischer Nationalstaat ein. In der türkischen Geschichtsschreibung wird ein heroisches Narrativ dieser Gründung eines Nationalstaats erzählt. Und dazu passt es nicht, dass die Voraussetzung des homogenen türkischen Nationalstaats in Anatolien mit dem Völkermord an den Armeniern und Syro-Aramäern und der Vertreibung und Vernichtung der Griechen geschaffen worden war. Die europäischen Staaten duldeten während langer Zeit diese Leugnung, weil die Türkei ein mächtiger und, wie immer wieder beschworen wird, wichtiger Bündnis- und Wirtschaftspartner ist. Erst in den letzten Jahren hat sich dies etwas verändert.

... die sogenannt moderne Türkei unter Kemal Atatürk orientierte sich an demokratischen Prinzipien und übernahm zum Beispiel wesentliche Teile des Schweizerischen Zivilgesetzbuches!

Die freiheitlichen und demokratischen Phasen in der Türkei waren ja immer sehr labil und auch kurz. Schon in der Zeit Kemal Atatürks muss man von einer Einparteienherrschaft und von Personenkult sprechen – auch wenn dies auf eine Modernisierung und auf Laizismus zielte. Aber diese Ziele wurden eben mit autoritären Mitteln angestrebt. Ausserdem ging es ja um die Schaffung einer einheitlichen türkischen Identität durch eine auch vor Gewalt nicht zurückschreckende Politik der Türkisierung Anatoliens.

Kommen wir auf Erdogan zu sprechen. Der türkische Premier will seinen Einflussbereich nach Osten ausdehnen. Sein Augenmerk gilt den Turkvölkern in Aserbaidschan, Kasachstan, Tadschikistan, Turkmenistan und vielen weiteren Staaten.

Die Politik Erdogans wird von zwei Elementen bestimmt, die auf historische Vorbilder zurückgehen. Dies ist einmal die von den Jungtürken entworfene Idee der Einheit aller Turkvölker in einem territorialen Grossraum. Dies versucht Erdogan auf Grundlage enger Beziehungen zu den ehemals sowjetischen Turkrepubliken zu revitalisieren, wobei der Türkei eine führende Stellung zukommen soll. Der andere Gedanke ist eine neue Stärkung des sunnitischen Islam als Identitäts- und Integrationsfaktor. Vorbild hierfür ist der Panislamismus von Sultan Abdülhamid II. im späten 19. Jahrhundert. Damit soll auch Einfluss auf die arabische Welt genommen und die Türkei als Ordnungsmacht im Nahen Osten etabliert werden, so wie es früher das Osmanische Reich gewesen ist.

Bis 1912 bildeten Nichtmuslime die Mehrheit der Bevölkerung im osmanischen Reich. Welche Zukunft geben Sie den (christlichen) Minderheiten?

Für die kleinen christlichen Minderheiten in der Türkei sehe ich keine besonderen Perspektiven hinsichtlich ihrer kulturellen und gemeinschaftlichen Entwicklung. Sie werden ein Schattendasein führen und, soweit sie tatsächlich fortexistieren, Zeichen der Erinnerung und des Verlustes sein.

Trotzdem: Der christliche Glaube basiert auf Hoffnung. Was schenkt Ihnen persönlich Zuversicht und Hoffnung?

Meine Zuversicht und Hoffnung speist sich aus der Erfahrung der armenischen Diaspora, die seit 1000 Jahren in der Gefährdung der Existenz lebt, aber doch gerade im Beharren auf der eigenen Geschichte überlebt hat. Nicht zuletzt hat die armenische Kirche dazu beigetragen, diese Hoffnung, Kraft und Zuversicht zu bewahren. Sie ist für die armenische Gemeinschaft Ort in der Ortlosigkeit geworden. •

Treffpunkt



RENATA GERBER

Sachbearbeiterin Zentralsekretariat EDU Schweiz, verheiratet, 2 Kinder, Thun

TOPS

- Gesundheit; das Erwachen der Natur im Frühling
- Blasmusik: Musik macht Freude und bereichert
- Psalm 23

FLOPS

- aktuelle kriegerische Auseinandersetzungen
- Hungersnot in Afrika
- Hinterhältigkeit und Lügen



KANTON ZÜRICH



Hallo, ich stehe am Strassenrand ... !



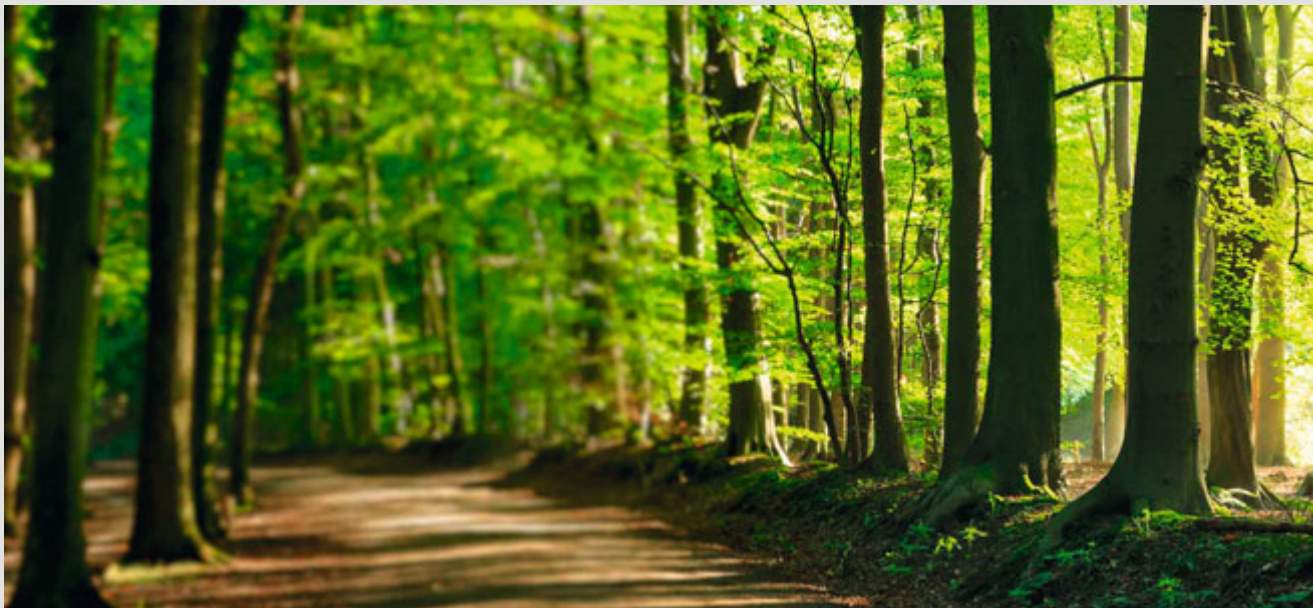
Simon Jucker
Präsident EDU Zürcher Unterland

Seit Sommer 2016 machen wir vor jeder Abstimmung auf die politischen Positionen und Werte der EDU aufmerksam. Wir tun dies mit Plakaten, welche wir am Strassenrand aufstellen. Auf den Plakaten steht unsere Meinung zu den Abstimmungen. Die jeweiligen Parolen auf den Plakaten werden vorher durch die Delegierten der EDU Kanton Zürich beschlossen. Aufgrund von mehreren Reaktionen auf unsere Plakataktion bin ich sicher: dies ist der richtige Weg, um die EDU in der Öffentlichkeit bekannter zu machen.

Werden Sie Partner

Melden Sie sich im Sekretariat falls Sie die Möglichkeit haben, an gut sichtbarer Stelle vier Mal im Jahr ein oder mehrere Abstimmungsplakate aufzustellen: sekretariat@edu-zh.ch, 052 222 42 61.

Das Aufstellen auf einem Stück Wiese ist denkbar einfach: Es braucht zwei Pfähle, einen Hammer um diese einzuschlagen und ein paar Schrauben oder Kabelbinder. Danke für Ihre Partnerschaft. •



EDU für Zürcher Nutzholz

Hier gewachsenes Holz soll vermehrt bei Bauvorhaben eingesetzt werden. Der Kanton Zürich als grosser Bauherr ist gefordert. Er soll ein Vorbild sein und aufzeigen, wie Holz aus Zürcher Wäldern bei Bauten eingesetzt wird. Dies schafft Zürcher Arbeitsplätze und erhöht die Wertschöpfung in unserem Kanton.



Michael Welz
EDU-Kantonsrat

Die EDU steht klar hinter der Forderung von Othmar Hasler aus Sternenberg, und verleiht ihr Nachdruck. Zu Recht stellt Hasler fest: «Es kann nicht sein, dass die öffentliche Hand bei fast jedem Bauprojekt die billigsten Baustoffe und die billigsten Unternehmer berücksichtigt, statt mit einheimischem Holz und Unternehmern aus dem Kanton zusammenzuarbeiten.»

Im Zeitalter von boomenden IKEA-Einkaufszentren, welche Import-Möbel zu Dumpingpreisen anbieten und von der Bevölkerung rege besucht werden, bleibt die lokale Wertschöpfung unseres Rohstoffes Holz auf der Strecke. In den letzten Jahrzehnten sind immer mehr Sägereien der Region für immer verschwunden. Es ist absehbar, dass künftig weitere Sägewerke für immer still stehen werden.

Nachhaltigkeit und Arbeitsplätze

Spannend ist, dass all dies geschieht, obwohl täglich in der Presse und auch hier im Ratssaal die Forderung nach mehr Nachhaltigkeit postuliert wird und der Kanton und die Politik genau diese Nachhaltigkeit in kreativen Formen vom Bürger verlangen.

Selbst die Naturschutzverbände sind über diese zerstörerische Entwicklung stumm. Es kann doch nicht sein, dass bei der gegenwärtigen regen Bautätigkeit der Zürcher Wald unzureichend genutzt wird und ein grosser Teil des geschlagenen Holzes dann noch ins Ausland exportiert wird. Und schlussendlich werden dann bei uns mit importiertem Holz die Konstruktionen und Dachstühle gebaut.

Kanton als gutes Beispiel

Zürcher Holz soll in der Verarbeitung Vorrang haben. In diesem Sinne soll hier gewachsenes Holz bei hiesigen Bauvorhaben eingesetzt werden. Der Kanton Zürich als grosser Auftraggeber und Bauherr ist da gefordert. Er soll als Vorzeige-Beispiel vorangehen und aufzeigen, wie Holz aus Zürcher Wäldern bei Bauten eingesetzt wird. Dies schafft Zürcher Arbeitsplätze und erhöht die Wertschöpfung im Kanton.

**AUS DIESEN GRÜNDEN
UNTERSTÜTZT DIE EDU
DIESE INITIATIVE.**



Am 24. April ging die zehnjährige parlamentarische Tätigkeit von Hans Peter Häring im Zürcher Kantonsrat zu Ende. Zu diesem Anlass kamen auch die Enkel ins Rathaus.

«Wir danken Dir, Hans Peter»



Rolf Steiner

Präsident des Zürcher Kantonsrats 2016/2017

*Der ursprünglich aus dem Kanton Baselland stammende Hans Peter Häring wurde anlässlich der Wahlen 2007 in den Kantonsrat gewählt. Ob zu Drogenpolitik, Abtreibung, Sterbehilfe oder Schutz der Ehe: mit einer beachtlichen Liste an Vorstössen reagierte Hans Peter Häring konsequent auf aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen, die der christlich konservativen Auffassung seiner Partei, der EDU, entsprachen. Seine Haltung vermochte er in kurzen und prägnanten Statements im Rat vorzutragen, wobei ihm sicher seine langjährige Berufserfahrung als Pressesprecher zu Gute kam.

Schon vor seiner Zeit im Kantonsrat amtierte Hans Peter Häring als Volksvertreter: von 2003-2005 war er Mitglied des Zürcher Verfassungsrates. Im Laufe seines Mandats in unserem Parlament war er Mitglied in verschiedenen Kommissionen, allen voran der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit und der Kommission für Bildung und Kultur. Parallel dazu wirkte er in der Interfraktionellen Konferenz und der Parlamentarischen Untersuchungskommission zur Versicherungskasse für das Staatspersonal (PUK BVK) mit.

Als Kommissionsmitglied wurden seine überlegte und freundliche Art sehr geschätzt. Der Familienmensch Häring suchte lieber die Harmonie als den Disput, blieb seinen Überzeugungen jedoch stets treu. Auch schockierende Fakten, wie sie die PUK BVK zu bewältigen hatte, vermochte er mit betonter Sachlichkeit einzuordnen. Hier kam seine

Lebenserfahrung und Abgeklärtheit zum Ausdruck, die er sich unter anderem durch viele Jahre Gassenarbeit als Leiter einer Drogenberatungsstelle angeeignet hatte.

Nach zehn Jahren macht Hans Peter Häring Platz für die erste Frau der EDU im Kantonsrat. Wir danken Dir, Hans Peter, für Dein bedachtes und engagiertes Mitwirken in unserem Parlament und wünschen Dir für Deine Zukunft alles Gute.

*Aus dem Protokoll des Kantonsrats vom 24.4.2017



Hans Peter und Lisa Häring beim Abschied im Ratssaal

Mein erster Tag im Kantonsrat

Die Juristin Maria Rita Marty aus Gutenswil legte ihren Amtseid als neue Kantonsrätin am 8. Mai ab. «Der ganze Morgen war voll von sehr speziellen und eindrücklichen Momenten» fasst die EDU-Vertreterin ihren ersten Tag im Kantonsrat zusammen.



Hans Egli begrüsst die neue EDU-Kantonsrätin Maria Rita Marty

Maria Rita Marty
EDU-Kantonsrätin

Vor der Kantonsratssitzung wurde in der Peterskirche ein Gottesdienst gefeiert, da meine Amtseinssetzung mit dem Beginn des neuen Amtsjahres zusammentraf. Ich war sehr überrascht, wie viele Kantonsräte daran teilnahmen. Danach begaben wir uns in corpore ins Rathaus: ein wunderschöner Bau mit herrlichen Stuckaturen, der mich sehr beeindruckte. Dort wurde ich von vielen Leuten herzlich begrüsst. Ich hörte viele Namen, die ich mir leider nicht merken konnte. Als ich durch den Ratsweibel in den Kantonsrats-Sitzungsraum gebracht wurde und die Vereidigung stattfand, stand ich dort und konnte es fast nicht glauben. Dies war wirklich ein sehr spezieller Moment! Mein Ratskollege und EDU-Fraktionspräsident Erich Vontobel hat all diese Augenblicke fotografisch festgehalten. Meine vier Mitstreiter im Kantonsrat gaben mir vom ersten Moment an das Gefühl, zu ihnen zu gehören. Daher fühlte

ich mich schnell sehr wohl und schon fast wie zu Hause.

Nachdem die neue Ratspräsidentin wie auch die Vizepräsidentin gewählt waren, fanden noch weitere Wahlen statt. So zum Beispiel auch meine Wahl in die Justizkommission. Der Morgen verlief daher ziemlich ruhig und unspektakulär, da keine politischen Auseinandersetzungen stattfanden. Nach der Sitzung gab es ein sehr reichhaltiges Buffet. Auch in dieser Hinsicht war das Zusammen treffen der Amtseinssetzung mit dem Beginn des Amtsjahres absolut perfekt. Ich fühlte mich durch Gott richtig beschenkt! Mein Leitspruch für mein neues Amt stammt aus Josua 1,9:

«SEI STARK, TATKRÄFTIG UND SEHR TAPFER. FÜRCHTE DICH NICHT, NOCH LASSE DICH ENTMUTIGEN, DENN DER HERR, DEIN GOTT, IST MIT DIR, WO IMMER DU HINGEHST.»



Maria Rita Marty mit Standesweibel Peter Sturzenegger



Islamische Grossveranstaltung verlegt



Saya Oechslin

Hans Egli, Kantonsrat und Präsident der EDU Kanton Zürich hat als Erstunterzeichner eine sogenannte Dringliche Anfrage zur geplanten islamischen Grossveranstaltung im World Trade Center Zürich eingereicht. Gemäss Informationen auf der Homepage des Islamischen Zentralrats Schweiz hätte diese «Friedenskonferenz» am 6./7. Mai 2017 als öffentliche Veranstaltung unter dem Slogan «Islam Salam» stattfinden sollen. Dazu wurde eine Reihe von salafistischen Predigern



Nicolas Blanco, Präsident des Islamischen Zentralrats Schweiz | © zVg

eingeladen. Darum lag der Gedanke nahe, es handle sich um islamische Propaganda und nicht um eine religiöse Veranstaltung. Der Kantonsrat stellte sich hinter den Vorstoss von Hans Egli. Dies hat zu einem schnellen Vorgehen beigetragen: Die Pensionskasse des Kantons Zürich als Besitzerin des World Trade Center hat interveniert und die Vermietung der Räume abgesagt. Die Konferenz wurde deshalb schliesslich in Istanbul durchgeführt. •



Salz & Licht in der Politik

Ruedi Blumer

Pastor Christliches Zentrum Buchegg

Im Gespräch mit Hans Peter Häring:

Warum ist ein Engagement von Christen in der Politik wichtig?

Jesus fordert uns Gläubige auf, unseren Auftrag Salz und Licht zu sein, in alle Lebensbereiche hineinzutragen. Ist jemand zu einem politischen Engagement berufen, soll er sich dort dementsprechend investieren. Ein leuchtendes Beispiel einer gelungenen «politischen Karriere» finden wir im Propheten Daniel. Er diente einer durch und durch heidnischen Gesellschaft – auf der Grundlage seines Glaubens an den lebendigen Gott. Trotz aller Verleumdungen und Anfeindungen galt er sogar bei seinen Gegnern als exzellenter Staatsdiener.

Was sind die zwei wichtigsten Qualifikationen, über die Christen verfügen sollten, wenn sie sich politisch engagieren?

Von christlichen Politikern erwarte ich, dass sie tüchtig sind, was sich in Fach- und Sachkunde sowie Zuverlässigkeit äussert. Hier inbegriffen ist auch der sorgfältige Umgang mit anvertrautem Gut und Geld. Ausserdem, dass er respektvoll mit allen Menschen umgeht, keine anderen Parteien verunglimpft, sich parteipolitischer Manöver enthält und jede sich bietende Gelegenheit nutzt, um das Evangelium zu bezeugen.

Wo liegen Deiner Meinung nach grosse Herausforderungen für Christen in der Politik?

Ich greife gern auf den Ratschlag von Paulus in Römer 14,5 zurück: «Ein jeder sei seiner Meinung gewiss.» Das heisst, jeder darf, soll und muss seine Meinung zu einem Sachgeschäft haben und äussern. Gleichzeitig muss er wissen, dass in einer Demokratie die Mehrheit entscheidet, was wie umgesetzt wird. Diesen Regeln hat sich ein Christ nach bestem Wissen und Gewissen unterzuordnen.

Was ist Dir in diesem Zusammenhang sonst noch wichtig?

Es ist mir wichtig festzuhalten, dass Jesus Christus weder ein politisches System eingeführt noch politisiert hat. Weder hat er politische Diskurse geführt noch Regierungen kritisiert oder gar zum Aufstand aufgerufen. Auch in der Schweiz ist das Politisieren vom Evangelisieren zu unterscheiden – und doch geht beides, richtig verstanden, zusammen. Als Anschauung für dieses Spannungsfeld gilt Jesu Antwort an die, welche Gott gegen die Politik ausspielen: «Gib dem Kaiser, was des Kaisers ist und Gott, was Gottes ist.» Das heisst, dass der «Kaiser» eine von Gott legitimierte Aufgabe hat und mit unserem Engagement rechnen darf. •



Der Bezirk Pfäffikon umfasst auf einer Fläche von 163,55 km² zehn politische Gemeinden mit rund 60'000 Einwohnern. Nebst Seeanstoss haben wir auch eine sehr hügelige Landschaft. Sternenberg erinnert mich sogar an das Berner Emmental.

Wählerbasis ausbauen

Bei den Kantonsratswahlen 2015 konnte Peter Häni als erster EDU-Kantonsrat aus dem Bezirk Pfäffikon gefeiert werden und ins Kantonsparlament einziehen. Anfang 2016 durfte ich seine Nachfolge antreten.



Peter Häni

Präsident EDU Bezirk Pfäffikon

Unser Anliegen ist es, als Christen den Auftrag Gottes in der Politik wahrzunehmen. Wir beziehen zu aktuellen Themen klare christliche Positionen und machen diese bekannt. Weiter wollen wir die Wählerbasis ausbauen, damit die EDU des Bezirks Pfäffikon auch 2019 einen Kantonsrat stellen kann.

Nebst zwei öffentlichen Veranstaltungen pro Jahr führen wir 2017 zum vierten Mal unseren beliebten Familientag durch, zu dem alle von 0-99 Jahren herzlich eingeladen sind. So haben wir kürzlich zu einem Vortrag mit Dr. Roger Liebi eingeladen. Er sprach am 10. Mai in Effretikon vor knapp 200 Personen zum Thema «Europa – Hoffnung oder Illusion?»

WIR BEZIEHEN KLARE CHRISTLICHE POSITIONEN ZU AKTUELLEN THEMEN

Vorstand

Im Vorstand arbeiten derzeit vier Personen. Wir treffen uns vier- oder fünfmal jährlich zu Sitzungen.

Peter Häni, Bezirkspräsident und Kantonsrat
Jahrgang 1980, verheiratet mit Anita, 5 Kinder,
Wohnort Bauma, Werkstattleiter Nfz-Garage

Nadine Dubs, Aktuarin
Jahrgang 1977, verheiratet mit René, 3 Kinder,
Wohnort Lindau, Kfm. Ang. / Hausfrau

Urs Widmer, Kassier
Jahrgang 1964, verheiratet mit Olivia, 3 Kinder,
Wohnort Lindau, Landschaftsgärtner
mit eigenem Betrieb

Daniel Bossert, Verantwortlicher für Homepage
Jahrgang 1975, verheiratet mit Angela, 3 Kinder,
Wohnort Bauma, Informatiker

Du bist gefragt

Falls Du mitarbeiten möchtest und im Bezirk Pfäffikon wohnst, bist Du herzlich willkommen zu einer «Schnupper-Vorstandssitzung». Ruf 079 388 46 01 an oder sende ein Mail an: bezirk-pfaeffikon@edu-zh.ch.



Daniel Bossert Nadine Dubs Peter Häni Urs Widmer



Uster – Wohnstadt am Wasser

Wohnen mit Lebensqualität – Wohnen mit Naherholungsqualität – Am Puls der Wirtschaft
Drittgrösste Stadt im Kanton mit 35146 Einwohnerinnen und Einwohnern (30.4.17)

Saya Oechslin sprach in Uster mit ...



Hilda Schelldorfer
Gemeinderätin 2009 bis 2015

Liebe Hilda, weshalb hast Du, obwohl Dein Herz nach wie vor für Ustermer-Belange schlägt, Dein Amt zur Verfügung gestellt?

Der Politstil wurde im Laufe der Jahre rauer. Auch empfand ich den Umgang mit den heutigen Kommunikationsmitteln als wachsende Belastung. Nach dem Verlust des zweiten EDU-Sitzes bei den Wahlen 2014 war ich plötzlich alleinige EDU-Vertreterin. Ermüdungserscheinungen führten mich zur Einsicht, das Amt einer jüngeren, frischen Kraft zu übergeben.

Wie sehen Deine Tage jetzt in der «Zeit danach» aus?

Anfangs fehlten mir die guten Kontakte zu den bürgerlichen Kollegen und Kolleginnen. Unterdessen bin ich laufend am Geniessen von Vielem, was ich über die Jahre zurückstellen musste. Das Zusammensein mit meiner Familie bereitet mir ebensoviel Freude wie Wandern mit meinem Mann in der Natur. Auch in unserer Freikirche tanke ich bei Gebet und Gesang neue Kräfte.

Welche Voraussetzungen sollten Deiner Meinung nach ein Kandidat oder eine Kandidatin fürs Gemeindeparlament auszeichnen?

Zentral ist es, Zeit und Bereitschaft zur vertieften Beschäftigung mit Politthemen mitzubringen. Die Fähigkeit, sich mündlich und schriftlich im heutigen Umfeld zu bewegen, ist ein Vorteil. Wenn der Kandidat in der lokalen Bevölkerung und in christlichen Gemeinden bekannt ist, erleichtert dies die Kontakte zur Wählerbasis. Denn von da kriegt er Impulse für seine Arbeit. •



Silvio Foiera
Gemeinderat und Bezirkspräsident

Silvio, welchen Projekten gibst Du als EDU-Gemeinderat von Uster momentan besonderes Gewicht?

Aktuell bin ich Mitglied im Komitee «Pro Untere-Farb», das sich für eine öffentliche Nutzung des historischen Gebäudes im Stadtpark stark macht. Die Gemeinderatswahlen 2018 und damit der Erhalt des EDU-Mandats in Uster ist jedoch momentan mein grösstes Anliegen. Auf Gemeindeebene sind klassische EDU-Themen eher rar. Deshalb sind Hinweise von Wählern, wo sie der Schuh drückt, wertvoll und ausdrücklich erwünscht.

Wie kann die EDU im Bezirk Uster weiter wachsen?

Als Bezirkspräsident ist es mir ein Anliegen, dass die EDU breiter bekannt wird. Gerade in Mönchaltorf, Fällanden und entlang der Forch sehe ich zusätzliches Potential für die Kantonsratswahlen. Wir versuchen nun vermehrt, auch diese Teile des Bezirks anzusprechen. Denn bei rund 130'000 Einwohnern ist es sicher möglich, noch weitere Unterstützer, Mitglieder und Kandidaten zu finden. Melden Sie sich unter: stadt-uster@edu-zh.ch

Welche Tipps gibst Du jemandem, der sich für die Gemeindeparlamentswahlen 2018 zur Verfügung stellt?

Erstens: Sei aufrichtig und stehe zu Deiner Meinung. Zweitens: Suche stets das persönliche Gespräch mit potentiellen Wählern. Deshalb ist die sichtbare Präsenz als EDU-Repräsentant immens wichtig. Zum Beispiel beim Flyerverteilen oder bei gesellschaftlichen Anlässen unterschiedlicher Art. •



EDU Fraktions-Znüni im «Zunfthaus zur Haue» vis-à-vis vom Rathaus, Limmatquai 52, Zürich

Einladung

Sie sind jeweils am Montag Morgen herzlich zum Znüni eingeladen.

Während der Ratspause von ca. 9:50 bis 10:20 Uhr treffen Sie die EDU-Fraktion im «Zunfthaus zur Haue». Anschliessend besteht die Möglichkeit, Einblick in den Ratsbetrieb zu erhalten. Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

EDU-Fraktionspräsident Erich Vontobel: 079 459 90 61, evontobel@bluewin.ch

VERANSTALTUNG



WOHIN STEUERT EUROPA?

Mit Pfarrer Hansjürg Stückelberger

Freitag, 23. Juni 2017, 20 Uhr
Restaurant «zum Goldenen Kopf», Marktgasse 9, Bülach

INSERAT



Schule für Ihr Kind Vorbereitung auf Leben und Beruf

- Oberstufe, Tagesschulbetrieb
- christliche Ausrichtung
- überschaubare Klassengrössen
- seit 20 Jahren bewährt

Christl. Sekundarschule Dübendorf (Sek A + B)
Neugutstrasse 52, 8600 Dübendorf
www.csduendendorf.ch

Kontakt; urs.schwarz@asbb.ch
Tel. 044 915 40 45, www.asbb.ch

Gebetstreffen

Effretikon: jeweils am Mittwoch um 20 Uhr: 7. Juni, 6. Sept., 13. Dez. 2017
FEG Effretikon (Stoll-Gebäude 2. Stock)
Industriestrasse 3, 8307 Effretikon
Info: Peter Häni, 079 388 46 01
peanha@bluewin.ch

Gossau: jeden Mittwoch, 19.30 Uhr (auch andere Abende möglich, ausser Montag)
Im Zentrum 12, 8625 Gossau ZH
Info: Sven u. Erika Schelling, 043 928 01 57

Männedorf: jeweils am Mittwoch von 9-10 Uhr in den geraden Kalenderwochen: 14. und 28. Juni, 12. und 26. Juli
Luegislandstr. 27, 8708 Männedorf
Info: Margrit Vetter, 044 920 45 43

Richterswil: jeweils am 2. Freitag des Monats um 20 Uhr: 9. Juni, 14. Juli, 11. August
Glärnischstr. 6, 8805 Richterswil
Info: Sonja Denzler, 044 784 30 23

Rüti: jeweils am 1. Montag des Monats um 20 Uhr: 5. Juni, 3. Juli, 7. August
Begegnungszentrum Tann-Rüti (Jugend-Räume), Neuwiesenstr. 5, 8630 Rüti
Interessiert? Senden sie uns ihre Mail-Adresse an: sekretariat-rueti-duernten@edu-zh.ch
Info: Albin Müller, 078 773 61 63

Steinmaur: jeweils am 2. und 4. Montag des Monats um 20 Uhr: 12. und 26. Juni
Gemeinde für Christus (GfC), UG Schaffhauserstr. 4, 8180 Bülach
Info: Marianne Wäfler, 044 856 01 93

Zürich: jeweils am 2. Mittwoch des Monats von 18.30-19 Uhr: 14. Juni, 12. Juli, 9. August
Raum der Stille, Cevi-Zentrum Glockenhof Sihlstr. 33, Zürich
Info: Achim Witzig, 044 322 61 46



Impressum

SEKRETARIAT EDU KANTON ZÜRICH
Bürglistrasse 31, Postfach 248
8408 Winterthur
info@edu-zh.ch, redaktion@edu-zh.ch

SPENDENKONTO
IBAN: CH35 0900 0000 8003 7173 6

KANTONALE REDAKTION
Daniel Suter, Saya Oechslin

GESTALTUNG
Lukas Frey

FOTOS
S. 3: Nicolas Blanco © zVg
S. 4: © panthermedia.net/catbird

Herzlichen Dank für Ihre Spende

Allgemeine Spenden werden zwischen der EDU Schweiz und der EDU Kanton Zürich aufgeteilt. Ihre projektbezogene Unterstützung erbitten wir auf das Postkonto 80-37173-6. Ihre Spenden an die EDU sind vom steuerbaren Einkommen abzugsberechtigt; Ehepaare können bis Fr. 20'000 abziehen, alle anderen bis Fr. 10'000. Die Spendenbescheinigung für Ihre Steuererklärung erhalten Sie im Februar des Folgejahres. Haben Sie Fragen? Kontaktieren Sie den Kassier der EDU Kanton Zürich, Martin Lobsiger: 044 860 06 33; martin.lobsiger@edu-zh.ch.

Ist uns das Reformationsjubiläum peinlich?

Eigenartig, was mit dem Reformationsjubiläum betont wird: Weg von Luthers Rückbesinnung auf die Essenz des christlichen Glaubens – hin zu ökumenischer Einebnung und Akzeptanz der Vielfalt.

Lisa Leisi



In der schweizerischen und erst recht der deutschen reformierten Kirche wird Akzeptanz – etwa von verschiedenen ausserehelichen sexuellen Lebensgemeinschaften, nicht nur von Mann und Frau – vielerorts eingefordert. Damit wird Gottes Wort zu oft relativiert. Gerne wird zudem behauptet, alle Religionen seien auf ihre Art gleichwertig und alle sowohl gut, als auch schlecht. Als Bedingung für ein friedliches Miteinander wird eine Art «Allversöhnung» gepredigt. Wäre dies alles im Sinne des Reformators Martin Luther? Und, noch entscheidender: Entsprechen solche Positionen der Heiligen Schrift?

Echte Chance und Ansporn

Professorin Dr. Dr. h.c. Margot Kässmann ist Botschafterin des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) für das Reformationsjubiläum 2017. Sie betont, dass das Jubiläum auch eine Chance für eine deutliche ökumenische Dimension sei: «Je stärker wir gemeinsam auftreten, desto eher werden wir gehört.»

Sicher, wo wir auf der Basis von Gottes Wort sachbezogen zusammenarbeiten können, sollen wir dies tun. Aber das Reformationsjubiläum könnte ebenso Ansporn dazu sein, uns zu fragen, wo bei eigenen Überzeugungen Korrektur angebracht wäre – zum Wohl der Menschen und einer freiheitlichen Wahrheitssuche auf biblischer Grundlage.

Freude am Evangelium!

Das Reformationsjubiläum könnte dazu genutzt werden, um aufzuzeigen, dass man – Gottes



500 Jahre Reformation! Inoffizieller Aufruf in den Gassen der Lutherstadt Eisenach.



Turm der Wartburg mit Fahne und Kreuz.

Wort und seinem Gewissen verpflichtet – gesellschaftlichen Trends entgegenstehen muss und sich nicht auf Kosten der Wahrheit weltlichen Maßstäben anbieten kann. Weiter könnte die auch für Luther wichtige Bibelstelle aus dem Römerbrief Kapitel 1 von Christen neu verinnerlicht werden: «Ich schäme mich des Evangeliums nicht. Es ist eine Kraft Gottes, die alle selig macht, die daran glauben. Denn darin wird offenbart die Gerechtigkeit, die vor Gott gilt, die aus dem Glauben kommt – wie geschrieben steht: Der Gerechte wird aus Glauben leben.» Wir dürfen Freude haben am kostbaren Evangelium. Dazu gehört, von Jesus als der einzigen Wahrheit, dem einzigen Weg und dem einzigen Lebensbringer (Johannes 14,6) über den Tod hinaus überzeugt zu sein.

Schon seit längerem wird behauptet, der Glaube an einen einzigen wahren Gott und Heilsbringer würde es verunmöglichen, Mitmenschen auf gleicher Ebene wertschätzend zu begegnen. Diese Täuschung ist fatal. Richtig ist: Wir leben von der Liebe und von der Gnade! Deshalb haben wir auch keinen Grund, uns als bessere Menschen zu fühlen. •

klipp & klar

Thomas Feuz

Wahlen in Frankreich

So überraschend ist die Wahl von «Big Mac» Emmanuel Macron nicht. Gefeierte wird sie frenetisch, um die Welt vor Trumpismus zu schützen («to defend the world against Trumpism!»). Realisten erinnern sich an die Euphorie bei Barack Obamas Wahl. Die bescheidenen Resultate des Demokraten (Sozialisten) Obama machten die Wahl von Donald Trump erst möglich...



Aufs Kamel gekommen scheint der japanische Autokonzern Nissan. Statt in PS (Pferdestärken) will er die Leistung seiner Motoren künftig in «Kamelstärken» (Camelpower, CP) angeben. Während 1 kW rund 1,36 PS entspricht, macht eine CP 765 W aus – ein Pferd würde 30 W weniger leisten. Zumindest Geländewagen und vorzugsweise jene der Golfregion sollen in Zukunft CP-Angaben tragen.

Gegen «geregelte» Arbeitszeiten

Vorstösse aus CVP und FDP gehen in Richtung Verlagerung von geregelten Arbeitszeiten hin zu «Jahresarbeitszeiten». Davon dürfte auch der Sonntag als Feiertag betroffen sein. Diesbezüglich könnte sich erneut eine lose Allianz Gewerkschaften-EDU ergeben.

«Gemalte» Solarenergie

Das Startup SolarPaint aus Israel hat zu einem «Elektroden-Netz» (ultra-dünnes Drahtgitter, ähnlich einem Moskitonetz) eine Nanopartikel-infundierte Beschichtung entwickelt, die wie Farbe aufgetragen werden kann. Mit diesem «gemalten Speicher» kann Sonnenenergie aus Dächern, Wänden und sogar Strassen gewonnen werden. (il-israel.org)

Beten – statt Sport treiben?

Hugo Stamm, ex-Sektenexperte des «Tagi», teilt im Sektenblog kräftig aus gegen alle, die mehr glauben als er. Bezüglich des Vorgehens des Bundesamts für Sport i.S. Sportförderung meint er: «J+S-Ausschluss der Frommen ist Eigengoal!» Sportförderung sei wichtig. Warum? Stamm: «Wenn die jungen Frommen Sport betreiben, haben sie keine Zeit zum Beten.»

Gut gesagt

«Wunder stärken unseren Glauben, keine Wunder unseren Charakter.» (Andreas Frischknecht)

KLIPP & KLAR IST EIN ANGEBOT DER EDU SCHWEIZ. WÖCHENTLICH AUF WWW.EDU-SCHWEIZ.CH => AKTUELLES ODER PER APP (iPHONE).

Dänk mal naa!



Martin Lex

Sich schuldig machen wiegt schwer. So erstauen Menschen, die scheinbar locker mit einer Schuld umgehen, die sie sich aufgeladen haben. Aber: Wir lassen uns sehr schnell von Menschen täuschen, die überzeugend auftreten. Später erkennt man dann, dass sie eine belastende Angelegenheit geschickt überspielt haben. Die unsichtbare Last der Schuld wiegt schwer und frisst die Lebensfreude weg.

Aktuelles Beispiel: Die Steuererklärung korrekt einreichen ist besser, weil Betrug belastet. **Darum weiterdenken, sich keine Schuld gegenüber anderen Menschen zukommen lassen! Und sich bald davon befreien, indem man zu Fehlern steht und um Verzeihung bittet!**

Das bringt die persönliche Lebensqualität wieder ins Lot. •

Unisono gegen Dumping-Konkurrenz



Wolken über der Sonnenstube: Droht dem Kanton Tessin ein Seilziehen mit Bern und Brüssel?

Das Tessin wird zum Verlierer im «freien Personenverkehr». Nun soll das einheimische Baugewerbe geschützt werden. Doch der Bundesrat fürchtet Ärger mit der EU. Der Vorfall macht die Schwächen der Abkommen mit «Brüssel» sichtbar.

Arthur Gasser



Bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen ziehen die Tessiner Behörden die Schraube an. Das Parlament hat einen Vorrang für einheimische Firmen beschlossen. Bauaufträge sollen ausschliesslich an Firmen mit Sitz in der Schweiz vergeben werden, sofern deren Wert unter 8,7 Millionen Franken liegt. Oberhalb dieser Grenze gilt das internationale Vergaberecht. In den Augen des Bundesrats entspricht das Vorgehen des Tessins nicht den Verpflichtungen, welche die Schweiz durch die bilateralen Verträge mit der EU eingegangen ist.

Zustimmung von links bis rechts

Durch den Beschluss des Tessiner Kantonsparlaments soll die italienische Konkurrenz, welche mit Dumpingpreisen und -löhnen die einheimische Bauindustrie schädigt, vom Markt der öffentlichen Bauten ferngehalten werden. Gemäss Offerten italienischer Unternehmer werden die Mindestlohnvorschriften selbstverständlich eingehalten; allerdings werden dabei die nötigen Arbeitsstunden viel tiefer als erforderlich ausgewiesen. Bezahlt werden dann die nötigen Arbeitsstunden zu einem Ansatz, der weit unter dem Schweizer Mindestlohn liegt. Auch die Sozialabgaben werden häufig «vergessen», wenn etwa Mitarbeiter nicht registriert sind – oder nur zum Teil abgerechnet. Der Frust über die italienische Dumping-Konkurrenz ist gross: Das Kantonsparlament hat mit 66 Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen dem neuen kantonalen Gesetz zugestimmt. Alle im

Kantonsparlament vertretenen Parteien (von links bis rechts) tragen den Beschluss unisono mit.

Komplikationen vorprogrammiert

Damit sind Komplikationen mit dem Bundesrat und vor allem mit der EU vorprogrammiert. Nationale wie internationale Vorschriften lassen keinen Raum für solche aus jener Sicht protektionistische Regelungen. Ein Inländervorrang würde eine Verletzung der staatsvertraglichen Verpflichtungen und des Nichtdiskriminierungsverbotes bedeuten.

Vom Gros der Tessiner Bevölkerung werden die bilateralen Verträge bezüglich der Personenfreizügigkeit (PFZ) grösstenteils als Schaden denn als Nutzen empfunden. Die Löhne der italienischen Grenzgänger drücken jene der angestammten Bevölkerung auf ein in unserem Land nicht vorstellbares Tieflohnniveau. Bundesbern bagatellisiert oder ignoriert die Probleme des Tessin mit der PFZ weitgehend.

NEAT-Tunnel als Lichtblick?

Am Beispiel des Tessins offenbart sich, dass Bern die Folgen der Personenfreizügigkeit für die Schweiz überhaupt nicht im Griff hat. «Als Lichtblick» für manchen Tessiner könnte man nun die exzellenten NEAT-Bahnverbindungen in die deutsche Schweiz erwähnen. Sie ermöglichen es manchem Tessiner, als Tages- oder Wochenaufenthalter in der deutschsprachigen Schweiz gut bezahlte Arbeit zu finden. •

EDU in Aktion

National wie auf kantonaler Ebene wurde die EDU in verschiedener Hinsicht aktiv. Nachfolgend eine kleine Übersicht. Nationale Aktionen finden sich ebenfalls im redaktionellen Teil dieser Ausgabe.

David Gysel/Thomas Feuz



Erste EDU-Kantonsrätin

Maria Rita Marty nahm am 8. Mai ihre Tätigkeit im kantonalzürcherischen Parlament auf. Die 54-jährige Juristin und dreifache Mutter wohnt in Gutenswil (Volketswil).



Vernehmlassungsverfahren zum Gesetz über die Religionsgemeinschaften

Unter dem Stichwort «Religiöser Friede nicht gefördert» hält die EDU Kanton St. Gallen fest: «Die Möglichkeit einer kantonalen Anerkennung privatrechtlich organisierter Religionsgemeinschaften würde keine Probleme lösen, jedoch viele neue Probleme und einen beträchtlichen neuen Aufwand für den Staat hervorrufen. Die EDU Kanton St. Gallen lehnt deshalb die von der Regierung vorgeschlagenen Artikel ab.» Dies aus folgenden Gründen (Auszug):

- Das aktuelle Schweizer Vereinsrecht gibt religiösen Gemeinschaften alle nötigen juristischen Rahmenbedingungen.
- Das Kriterium der gesellschaftlichen Bedeutung ist vage und deshalb wenig hilfreich für eine nichtdiskriminierende Entscheidungsfindung. (...) Eine kantonale Anerkennung wird deshalb oft die lokale Realität verkennen.
- Die vorgeschlagenen Absätze a und b zu Art. 7 suggerieren, dass Religionsgemeinschaften die Schweizer Rechtsordnung nicht beachten und die verfassungsmässigen Rechte ihrer Mitglieder nicht respektieren müssen – solange sie keine kantonale Anerkennung haben oder beantragen.
- Durch die vom Kantonsrat für jeden Fall neu zu definierenden Rechte, welche diesen Religionsgemeinschaften eingeräumt werden könnten, werden zusätzliche rechtliche Ungleichheiten zwischen religiösen Gemeinschaften geschaffen.

Übergriffe – heute noch?!

Lisa Leisi

Heute – und das ist besonders tragisch, weil ein europaweites Phänomen – werden mahnende Stimmen ignoriert, die vor der sogenannten «Sexualpädagogik der Vielfalt» warnen. Dabei werden Kinder u. a. von klein auf als sexuelle Wesen gesehen.

Fördert der Staat Übergriffe?

Die Organisation «Sexuelle Gesundheit Schweiz» etwa verbreitet dazu die «europäischen Standards der WHO für eine ganzheitliche Sexualaufklärung». Sie hat zwecks Vernetzung über 60 Organisationen zu einer Allianz zusammengeschlossen. Unter anderem sind Kinderärzte, Pro Familia, Pro Juventute, der Schweizerische Hebammenverband, der Schweizerische Fachverband Mütter- und Väterberatung, Kinderschutz Schweiz und der Lehrerverband Schweiz dabei. Bei den WHO-Standards wird davon ausgegangen, dass Jugendliche und Kinder untereinander sexuelle Kontakte pflegen. Deshalb sollen Kindern unter anderem im Alter von vier bis sechs (!) Jahren über gleichgeschlechtliche Beziehungen unterrichtet werden und soll ihnen Respekt gegenüber verschiedenen Normen in Bezug auf Sexualität vermittelt werden. Die Entdeckung sexueller Lust soll von klein auf gefördert werden. Ab 12 Jahren sind die Themen «Coming-out», «Schwangerschaften auch bei gleichgeschlechtlicher Liebe», «Sexualität geniessen», «Medienkompetenz erwerben» und «mit Pornographie umgehen können» dran.

Wer übernimmt Verantwortung?

Kindergartenkinder, Schulpflichtige bis hin zu Jugendlichen werden an unseren Schulen bereits zunehmend mit Pornographie, sexuellen Details und Praktiken psychisch vergewaltigt und ihre Schamgrenzen verletzt. Die Glaubens-, Gewissens- und Meinungsfreiheit wird dabei völlig ignoriert.

Diese staatlich legitimierte Sexualisierung der Kinder muss als kollektiv schädigender Missbrauch Schutzbefohlener hin zu einer praktizierten tabulosen Lustoptimierung gesehen werden. An solchen Themen besonders interessierte Acht- und Neunjährige sind dabei nicht Ausdruck von Frühreife, sondern vielmehr von erfolgter Traumatisierung – ebenso wie junge Mädchen, die beschliessen, lieber nie zu heiraten und keine Kinder zu bekommen.

Wer wird für diesen gesellschaftlichen Schaden die Verantwortung übernehmen? •

Auf der Suche nach Antworten

Rezension. Wie ein Krimi liest sich dieses Buch nicht. Wer sich mit Vergangenheit und Gegenwart der Türkei beschäftigen will, wird es schnell zu schätzen wissen.

Thomas Feuz

«Die Türkei gilt als Brücke zwischen Europa und Asien und wurde lange Zeit als Beispiel für eine islamisch bestimmte, aber doch demokratische Gesellschaftsordnung zitiert. Das Verhältnis zu den christlichen Minderheiten war jedoch nie frei von Spannungen.» Der Klappentext führt packend ins Thema ein: Wie wurden und werden Christen in der Türkei wahrgenommen? Was hat sich verändert, seit Kemal Atatürk die moderne Türkei gegründet hat (und notabene in weiten Teilen das Schweizerische ZGB übernahm)? Wie werden Christen heute wahrgenommen? Wie, aus welchen Gesichtspunkten, mit welcher Haltung wird über sie berichtet?

Christen – eine Minderheit

Der Autor Wolfgang Häde, promovierter Theologe und vorwiegend in der Türkei wohnhaft, geht diese Fragen wissenschaftlich an. Er scheut sich dabei nicht, die Dinge beim Namen zu nennen: Dass Meldungen vielfach auf Beschuldigungen gründen, zu Propagandazwecken herangezogen werden und einer «Türkifizierung» dienen, dass Geschichte instrumentalisiert wird und Medienschaffende wie -konsumenten für Verschwörungstheorien offen sind.

Schmerzhaft wird uns bewusst: So ganz anders als in der Türkei berichten auch unsere Medien nicht über «die» Christen. Und die Vorzeichen ähneln sich – ob nun der Doktrin eines Sultans oder jener einer säkularisierten, bekenntnis- und wert(ungs)freien Sprachregelung verpflichtet.

Hilfreiche Tipps

Und wie fallen unsere Antworten aus? Häder fordert ein aktives öffentliches Angehen bis hin zu juristischen Schritten. Umgekehrt plädiert er für gute Lebensführung, geduldiges Ausharren und den interreligiösen Dialog.

Fazit: Absolut lesenswert für alle, welche die Zeichen der Zeit und die aktuellen Entwicklungen in Nahost und Europa aufmerksam beobachten. Der Autor widmet sein Buch den am 18.4.2007 in Malatya ermordeten drei Christen Necati Aydin, Ugur Yüksel und Tilman Geske. Häder: «Sie gaben ihr Leben, um Christus in dem von ihnen geliebten Land zu verherrlichen.» •

ANSCHULDIGUNGEN UND ANTWORT DES GLAUBENS.

Wahrnehmung von Christen in türkischen Tageszeitungen und Massstäbe für eine christliche Reaktion.

Wolfgang Häde
LIT Verlag; 296 Seiten
ca. Fr. 40.-
ISBN 978-3-643-13679-4
www.lit-verlag.de



Leiten und dienen

Am 8. April wählte die EDU-Familie anlässlich der Mitgliederversammlung in Regensdorf ZH eine neue Geschäftsleitung.



Mitdenken, anpacken, dienen: die GL-Mitglieder der EDU Schweiz. Von links: Martin Friedli, Hans Moser, Präsident; Cornelia Strebel, Andreas Schertenleib, Roland Haldimann, Vizepräsident; Thomas Feuz, Christian Zenger.

Una petizione online



Proibire i movimenti islamisti in Svizzera. Giorgio Ghiringhelli, fondatore del movimento «Il Guastafeste», ha lanciato di recente una petizione online all'indirizzo dell'Assemblea federale.

Edo Pellegrini, presidente UDF Ticino

Riporto qui il testo della petizione: «La radicalizzazione dei musulmani moderati in Occidente è opera specialmente dei movimenti islamisti integralisti, come quello dei salafiti-wahabiti e dei Fratelli Musulmani, i quali per raggiungere il loro scopo di colonizzare l'Europa e di sostituire la democrazia con la sharia (facendo proselitismo e cercando di reislamizzare i musulmani laici e progressisti impedendo così la loro integrazione nella società occidentale) dispongono di mezzi finanziari ingenti per costruire e gestire moschee, centri «culturali» islamici e una fitta rete di associazioni. In questi ambienti di fanatismo religioso si crea l'humus che dà origine a violenze e terrorismo (come in quella moschea di Winterthur dove qualche mese fa l'imam invitava i «fedeli» a uccidere i musulmani non praticanti).

Quindi, nell'interesse degli stessi «musulmani moderati», che hanno paura di questi islamisti, occorre proibire la residenza e l'attività in Svizzera di questi movimenti integralisti (e dei loro seguaci) che costituiscono un pericolo per la sicurezza del Paese e minacciano la pace religiosa e sociale, e occorre pure chiudere le moschee ed i centri «culturali» da essi gestiti e dichiarare fuorilegge le loro associazioni. Già nella Costituzione federale del 1848 vi era un divieto di residenza in Svizzera per i gesuiti, in quanto dopo la guerra del Sonderbund erano ritenuti a torto o a ragione un pericolo per la pace religiosa. Tale divieto venne tolto dal popolo solo nel 1973. A maggior ragione, se non si vuole che il terrorismo e il fanatismo religioso si diffondano anche nel nostro Paese, si dovrebbe dunque emettere un divieto di residenza in Svizzera per i movimenti islamisti che sfruttano la libertà di religione per perseguire scopi politici e diffondere un'ideologia totalitaria e antidemocratica.»

Firmiamo la petizione online

Il mio invito è quindi quello di firmare la petizione, cosa che potete fare qui: www.change.org/p/proibire-i-movimenti-islamisti-in-svizzera
Un cordiale saluto dal Ticino. •

Warum sind Sie bei der EDU?

«Die einzige Partei mit Werte-Zukunft»

Simon Jucker (36), verheiratet, zwei Kinder (Zwillinge m/w, 9-jährig); gelernter Maurer, Grenzwächter mit Fachausweis, Polizist bei der Kantonspolizei Zürich; Präsident EDU Zürcher Unterland



Die EDU hat mich bereits vor längerer Zeit begeistert, weil sie als einzige Partei die Bibel voll und ganz als ihre Richtlinie anerkennt. Dieser Wert ist in unserer Zeit sehr wichtig, vor allem im Zusammenhang mit immer neuen, abwegigen Gesellschaftsentwicklungen. Im Beruf bin ich täglich mit den Auswüchsen eines gottlosen, ausufernden Lebensstils konfrontiert, etwa Drogenkonsum, schwerer Alkoholmissbrauch oder ausschweifende Sexualität. Oft funktioniert die Familie nicht mehr als Ort der Geborgenheit; im-

mer mehr Ehe- und Lebenspartner stellen eigene egoistische Ansichten über ihre Lebensgestaltung, womit die Liebe zu ihren Kindern auf der Strecke bleibt. Die EDU nimmt klar Stellung und bezeichnet die Ehe als die wichtigste und von Gott gegebene Zelle der Gesellschaft. Es ist augenfällig, dass Kinder aus funktionierenden Ehen meist weniger orientierungslos sind und sich an die Regeln des Zusammenlebens in unserer Gesellschaft halten wollen.

Für mich als Familienvater ist es grundlegend, dass sich unsere Gesellschaft auf ihre christlichen Wurzeln und ihre Werte zurückbesinnt. Eine Abweichung der Werte nach unten bis hin zu einem desolaten Gesellschaftszustand wird bereits durch unsere egoistische, sündige Natur vorangetrieben. Gerade aus diesem Grund ist es absolut gefährlich und geradezu dumm, die vorerwähnten Tendenzen politisch zu unterstützen. Die EDU ist für mich die einzige Partei mit Werte-Zukunft.

Service

Marktplatz

VERMIETEN

Einfache **Ferienwohnung in Grindelwald**, bis 6 Betten, NR. Sommerpreis CHF 500.–/W., Winterpreis CHF 600.–/W. Zusätzlich Bettwäsche u. Kurtaxe. K: 033 853 42 62, 077 426 99 89

Ferienhaus mit eigenem Pool für 4 Pers. an der Costa Blanca, Spanien, ab Euros 500/W. Noch frei vom 12. Juni bis 12. Juli und ab 15. August 2017. K: 055 283 32 32

1.5-Zi.-Appartement im Tessin, ideal für 2 Erwachsene mit 2 Kindern. Sonnige Lage von Sementina, im Grünen, mit Pool. Kosten: CHF 65.–/N., 150.– pro WE, 390.–/W., Festvermietung 500.–/M. + NK. K: 079 393 28 51, 079 356 10 22, chnobli@bluewin.ch

SUCHEN

Langfristige Wohnmöglichkeit als Untermieter, ganze Deutschschweiz, auf dem Land an grüner und ruhiger Lage. K: 043 299 07 11, 076 544 09 88

Mithilfe für eine Familie (7 Kinder) in Kanada, für den Sommer 2017. K: Frau I. Wyrsch, 077 456 86 78

STELLENSUCHE

Frau, 50 J., mit Herz für Israel, sucht neue berufliche Herausforderung, 50%, im Raum Zürich. Erfahrung in Seelsorge, Sterbebegleitung u. Pflege. Z.Z. in Ausbildung als Laienpredigerin EMK. Rosemarie Rüfenacht, Eichwiesstrasse 33, 8630 Rüti, f-r.rufenacht@bluewin.ch

PARTNERSUCHE

Ich suche eine an Jesus glaubende Frau, für die der Heilige Geist auch sehr wichtig ist. Dein Alter soll ab 40 Jahre sein. Ich bin 42 Jahre alt und im Gesundheitswesen tätig. Bevor Du mir schreibst (mit Foto), bete zuerst darüber. Ich freue mich über deinen Brief. Chiffre 170630

VERSCHENKEN

Neue Vortrags-CD von Prof. Werner Gitt: «Wozu gibt es Sterne?» Eine Botschaft aus dem Weltall! Auch zum Weiterschicken! Gratis beim Literatur-Dienst,

Postfach 21, 3113 Rubigen BE, 079 613 20 02, literatur-dienst@bluewin.ch

VERSCHIEDENES

Patientenverfügung, Vorsorgeauftragsmuster, Verfügung für Erdbestattung finden Sie unter: www.ve-p.ch

«gesund und erholt» – Seminarwoche vom 25.–29. Sept. 2017 im Hotel Artos in Interlaken. **Gesundheitsorientiertes Tramolintraining kennenlernen** – wohltuende Entspannung erleben – köstliches Essen geniessen – wertvolle Impulse für das Leben mitnehmen! K: 071 223 20 23, www.swingwalking.com

www.predigten4you.ch – Predigten für Ihr geistliches Wachstum!

Die EDU lädt ein

Baden: jeden 1. Montag im Monat, 19.30h, Fam. Eipe, Kreuzweg 17: EDU-Gebet. Kontakt: 056 222 53 79

Heiden: jeden 1. Dienstag im Monat, 14.30h, Pfingstgemeinde, Asylstrasse 26: EDU-Gebet. K: 079 533 83 87

Männedorf: jeweils mittwochs in den geraden Kalenderwochen, 9–10h, Luegislandstrasse 27: EDU-Gebet. K: 044 920 45 43

Zürich: jeweils am 2. Mittwoch im Monat, 18.30–19h, Glockenhof, Raum der Stille, Sihlstrasse 33: EDU-Gebet. K: 044 322 61 46

9.6. Wil SG: 19.30h, Hof zu Wil, Marktgasse 88: Tonbildschau «Reformation in der Schweiz», mit E. Burkhart vom PVKG. K: 071 420 92 64

12./26.6. Bülach: 20h, Gemeinde für Christus, Schaffhauserstrasse 4: Gebet der EDU Zürcher Unterland. K: 044 865 20 32, 044 856 01 93

17.6. Olten: 9.45-15.55 h, Hotel Olten, Politseminar «Wissen für die Praxis», Anm. 033 222 36 37, info@edu-schweiz.ch, www.edu-schweiz.ch; Unkosten: Kollekte; Verpflegung auf eigene Rechnung

18.6. Herisau: 17h, Pfingstgemeinde, Rosenaustrasse 1: EDU-Gebet. K: 071 351 67 39

24.6. Flawil: 9.45h, Bahnhof, Migrolino: Wandertag der

EDU St. Gallen «Verschlungene Wege von Flawil nach Gossau». Ende ca. 16h in Gossau. www.sg.edu-schweiz.ch. Anm. sg@edu-schweiz.ch, 071 420 92 64

07-08/2017 Der nächste «EDU-Standpunkt» wird am 3. Juli 2017 versandt (Redaktionsschluss: 9. Juni 2017, Druck: 29. Juni 2017)

Christliche Anlässe

Ländli Oberägeri

9.–11.6. Ehe-Impuls-WE
16.–18.6. Seminar: «Burnout – was nun?»
9.–14.7. Spiel- u. Wanderwoche «Wunderbares entdecken» K: 041 754 91 11, www.zentrum-laendli.ch

Seminar für biblische Theologie Beatenberg

11.6. 10h, Bachelor-Absolvierrungsfeier mit Festgottesdienst
23.–25.6. Studientage mit Michael Martens: «Praxis biblischer Seelsorge» (Teilnahme an einzelnen Tagen möglich) K: 033 841 80 00, www.gaestehaus.ch

Mut zur Gemeinde

16.–18.6. Cevi-Ferienhaus Greifensee, Vaki-WE (1. Kiga–2. Klasse)
22.7.–5.8. «Villa Emmanuel», F-Mornex b. Genf: Familien-Zeltferien K: 076 436 85 80, joel.schindler@cevi.ch, www.mut-zur-gemeinde.ch
30.7.–5.8. Freizeitheim Lindenzwiese, D-Überlingen: Familienzeit Anm. bis 20.6.: 071 222 43 22, ralfknechtel@web.de

Gemeinde für Christus

14.6. Begegnungstag 60plus. Anm.: Andreas Bachmann, Bernstrasse 75, 3613 Steffisburg, 033 437 01 50, andreas.bachmann@gfc.ch, gfc.ch
17.–28.7. Lager für Menschen mit einer Behinderung Anm. Seminar- u. Freizeithaus Wydibühl, 3671 Herbligen; 031 770 71 71, freizeithaus.gfc.ch

Schweizerische Traktatmission

11.6. 9.45h, KGH, Lindhübelstrasse 21, Dürrenäsch: Jahresfest «Die Ausbreitung des Evangeliums». K: www.christliche-schriften.ch

Credo Schloss Unspunnen

5.–12.8. Wilderswil: Familien-W.
5.–12.8. Erlebniswoche
12.–19.8. Single-Freizeit
www.credo.ch



Marktplatz-Tarife

Verkaufen/Suchen	CHF 20
Verkaufen/Suchen von Immobilien	CHF 80
Vermieten	CHF 50
Verschenken	gratis
Offene Stellen	CHF 50
Stellensuche	CHF 50
Partnersuche	CHF 50
Verschiedenes	CHF 50

Ihr Marktplatz-Inserat senden an: EDU-Standpunkt Redaktion «Marktplatz» Postfach 43, 3602 Thun oder per E-Mail an marktplatz@edu-schweiz.ch



Jahresabonnement CHF 30.–/25 € (inkl. 2,5 % MwSt)

Probenummer gratis

033 222 36 37
marktplatz@edu-schweiz.ch



SPITALSCHIFFE FÜR DIE ÄRMSTEN



**Sie
können helfen!**

www.mercyships.ch

PC 10-17304-3



Impressum

HERAUSGEBER / REDAKTION

EDU-Standpunkt
 Postfach 43
 3602 Thun

ADMINISTRATION UND ADRESSMUTATIONEN

033 222 36 37
 mutationen@edu-schweiz.ch

REDAKTION UND «MARKTPLATZ»-INSERATE

033 222 37 07
 redaktion@edu-schweiz.ch
 marktplatz@edu-schweiz.ch

ANZEIGENVERKAUF

(Inserate, ohne «Marktplatz»)
 031 818 01 42
 inserate@edu-schweiz.ch

ABONNEMENT

CHF 30.- / 25 € (inkl. 2,5 % MWST)

REDAKTION

Thomas Feuz (Leitung)
 Lisa Leisi
 Arthur Gasser
 Roland Haldimann
 Hans Moser
 Markus Reichenbach
 Daniel Suter

Schreibende geben ihre
 persönliche Ansicht wieder.

KONZEPT / GESTALTUNG

Basel West
 Unternehmenskommunikation AG
 Frédéric Giger

LAYOUT

Harold Salzmann

DRUCK UND SPEDITION

Jordi AG, Belp

FOTOS

Seite 1: pixabay.com
 2 unten, 5, 6 unten, 12, 17: pixabay.com
 4, 13 oben, 15: Harold Salzmann
 5 oben: shutterstock.com
 7 oben, 11: Thomas Feuz
 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 13, 14, 16, 17: zvg

Erscheint monatlich
 11 Ausgaben (Doppelnummer 7/8)

Auflage 23700 Exemplare

Postcheck 30-23430-4
 IBAN CH 35 0900 0000 3002 3430 4
 www.edu-schweiz.ch

Zuschriften

Ich habe diese Zeitschrift schon immer sehr geschätzt und jetzt ist sie auch noch schön geworden wie ein junges Mädchen. (...) Ihnen weiterhin viel Licht und Kraft!

Barbara C. in C. (GR)

Feedback aus dem Seminar (...). Die beiden Referenten (ehem. Chefredaktor und sein Stellvertreter) haben uns zum neuen Standpunkt viele Komplimente gemacht. Mit dem neuen Konzept seid Ihr in die richtige Richtung gegangen.

Erich V. in W. (ZH)

...zu kleine Schrift, «viel leerer Rand».

Jakob M. in M. (ZH)

Ich finde den Wechsel sehr gelungen. Gratulation! Man findet (auch als Nichtleseratte) sehr leicht den Überblick. Danke für Ihre grosse Arbeit!

Hanna K. in P. (ZH)

Der neue «Standpunkt» kommt rassig und angenehm daher. Gut gelungen.

Ruedi R. in I. (BE)

Toll, die neue Aufmachung des EDU-Standpunkts: jugendlich, modern, frisch, ansprechend. Genau das, was die Attraktivität der EDU fördert.

Andy T. in R. (BE)

Der «neue Standpunkt» gefällt mir sehr gut, ist gut zu lesen mit den Spalten und der Übersicht am Anfang. Ich wünsche gutes Gelingen und Gottes Segen für Eure Arbeit. Herzliche Grüsse

Martin S. (per E-Mail)

Das Papier passt nicht zum hochwertigen Layout (besser Glanzpapier). Das neue Layout sieht sehr gut aus.

Adrian R. in A.-M. (AI)

Das habt Ihr wirklich gut gemacht. Das neue Layout ist wirklich gut gelungen.

Berthi M. in U. (BE)

Die neue Aufmachung ist sehr originell. Der Inhalt ist eher zurückhaltender geschrieben. Will man sich vor Konfrontation schützen?

Johannes I. in B. (BS)

Eine wunderbare Neuschöpfung, klar, übersichtlich und ansprechende Themen. Macht weiter so!

Marie Luise W. K. in B. (BE)

Ihre Ansicht interessiert uns!

Trotzdem können wir nicht alle Zuschriften berücksichtigen. Der Abdruck erfolgt gekürzt und in redigierter Form.

Schlusspunkt

Von Thomas Feuz

Man kann (an) alles Mögliche glauben. So glauben Boxer, dass geben seliger ist als nehmen. Einer glaubt, dass nichts über eine saftige Saucisson geht oder die Wettervorhersage die unexakteste Wissenschaft ist. Der Autor Derek P. Miller glaubt, dass es gegenüber der Intoleranz keine Toleranz geben darf. «Jeder soll nach seiner Façon selig werden», sagt der Volksmund. Und verbannte den Glauben in die Privatsphäre. Bis Menschen auftraten,

denen der Glaube – ihr Glaube – alles bedeutet. Nun wird Glaube wieder öffentlich. Toleranz wird gepredigt, auch von Atheisten. Aber wehe, jemand glaubt an Jesus Christus als «den» Weg, «die» Wahrheit, «das» Leben! Das missfällt nicht nur dem Bundesamt für Sport (Stichwort J+S). «Muslimische Minderheiten» sollen durch eine neue EJPD-Religionsstelle geschützt werden. Ob das der richtige Weg ist? Ich glaube nicht.

Fachhändler für Naturbettwaren

Massivholzbetten in über 60 Designs
fanello-Lattenrost und Naturlatexmatratze
 Schurwollduvets, Kissen und Betauflagen

Kommen Sie vorbei und lassen Sie sich beraten!



Spycher-Handwerk Huttwil **Schaukarderei**
 - Naturfaserkleider
 - Jurtenübernachtung
 - Betriebsführungen
www.kamele.ch **062 962 11 52**

PROSPERITA

Die christlich-ethische
Pensionskasse

www.prosperita.ch



edelline

Gruppenreisen, Themenreisen,
Rundreisen

edelline ag
 Bernstrasse 23, 3280 Murten
 026 672 33 88 | www.edelline.ch

Solidarität unter Christen
Firmen und Dienstleistungen
 stehen Ihnen zur Auswahl

www.cgs-net.ch

CGS ECS ICS
 Christliche Geschäftsleute Schweiz

baumann elektro

jung, dynamisch und motiviert

baumannelektro.ch | 031 721 62 27



Spycher-Handwerk Huttwil

www.kamele.ch

KMU-Feld

2017
 Fr. 1100.-
 11 x 75 000 Leser

Bett & Frühstück in Israel

Marlies und René Stutz
 Hazabarstr. 10, P.O.Box 603
 17000 Nazareth - Illit, Israel
 Tel. + Fax: +972 - 48 50 11 19 • Handy +972 54 630 74 84
 dr.narkoman@d2mx.de • rene.stutz@d2mx.de
www.dr-narkoman.com

1 Zi mit Ehebett, 2 Zi mit Kajütenbett. 1 Nacht EUR/CHF 35.-, mehrere Nächte EUR/CHF 30.-/Nacht inkl. Frühstück.



Grimmialp
Ferien im Dientigtal
 • Hotel 100 Betten
 • Gruppen
 • Ferienwohnungen
 • Feste feiern
kurhaus-grimmialp.ch

Der Herr ist meine Stärke.

Die Bibel

RE/MAX
 Immobilienmakler
Nathanael Regez
 Tel. 079 215 57 27
 n.regez@remax.ch
Kostenlose Schätzung

kirchenid
 Kommunikation rund um die Gemeinde

Seminare weloveyou.ch/events WeLoveYou more than digital competence	7.7.2017, 9-16 Uhr Creative Cloud clever nutzen	30.8.2017, 9-16 Uhr InDesign & Photoshop Aufbau-Seminar
	17.8.2017, 9-16 Uhr Photoshop Basis	6.9.2017, 9-16 Uhr Online-Marketing- Crashkurs

HINE ADON
HOTEL APARTHOTEL
HINEADON.COM

Günstig und einfach drucken
Printzessin.ch

2017 – Israel-Solidaritätsreise

Israel-Herbstreise mit vielfältigem Programm
 22. Oktober – 5. November
 2017 fak. Badewoche in Eilat vom 5. – 12. November 2017

Prospekt: Pro Israel
 Postfach, 3607 Thun
 Tel. 033 335 41 84,
 info@proisrael.ch
www.vereinigungproisrael.ch

E. + W. BERTSCHI AG
 5728 Gontenschwil 062-773 12 40
Spenglerei · Sanitär · Heizungen

Für mehr Lebensqualität.

RS Hilfsmittel Heimberg
www.rs-hilfsmittel.ch